

# Nachrichten für Naunhof und Umgegend

(Albrechtshain, Aumelschhain, Beucha, Vorsdorf, Eicha, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinsteinberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Staßnitz, Threna usw.)  
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grimma und des Stadtrates zu Naunhof.

Er erscheint wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Monatlich Mk. 4.—, 1/2 jährlich Mk. 12.—, ohne Auslagen, Post einschließlich der Postgebühren Mk. 12.75. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreise: Die 6spaltige Korpuszeile 90 Pfg., auswärts 1.— Mk. Umhüllter Teil Mk. 2.—, Reklametzelle Mk. 2.—, Beilagegebühr pro Hundert Mk. 2.—, Annahme der Anzeigen bis spätestens 10 Uhr vormittags des Erscheinungstages, spätere noch früher. — Alle Anzeigen-Vermittlungen nehmen Zustände entgegen. — Bestellungen werden von den Ausdrückern oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Verantwortlicher: Amt Naunhof Nr. 2.

Druck und Verlag: Günz & Co., Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Nummer 117

Sonntag, den 2. Oktober 1921

32. Jahrgang

## Amtliches.

Die Geschäftszeit der Amtshauptmannschaft einholt der Geschäftsstellen des Bezirksverbandes im Schützenhaus, des Bezirksarbeitsnachweises Eiche Hohndorfer Straße-Markt, des Bezirksamtes für Arbeitsvermittlung und des Vereins „Reimoldbank“ Grimma-Land, Nikolaistraße 10, wird vom 3. Oktober 1921 ab bis auf weiteres an den Montagen bis Freitagen auf die Zeit von vorm. 8—1 und nachm. 2—6, an den Sonnabenden von vorm. 8—1/2 Uhr festgesetzt. Der Verkehr mit dem Publikum wird im Interesse ordnungsmäßiger und pünktlicher Erledigung der laufenden Dienstgeschäfte auf die Vormittagsstunden beschränkt. Nachmittags können nur ganz besonders dringliche Sachen ausnahmsweise erledigt werden.

Grimma, 28. September 1921. 232a Dir.

### Die Amtshauptmannschaft.

Vom 6.—12. Oktober werden auf den Abschnitt 16 der vom 26. 9.—25. 12. 21 geltenden Brotmarke 200 gr Weizenmehl für 1 Mk. verausgabt. Die Lieferung erfolgt nur an die Händler, welche früher rote Warenbezugskarten beliefert haben. Die Berechnung des Quantum gefolgt nach den früheren Verteilungen.

Grimma, 29. September 1921.

### Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft.

In der gestrigen 17. diesjährigen Sitzung des Stadgemeinderates ist folgendes beraten und beschlossen worden.

- Das Ausagebuch des Herrn Korrettor Adolt Bechtel — Neubau einer Kühlkammer im Grundstück Waldstraße 56 — wurde bedingungsweise befürwortet. Das Gesuch des Herrn Kaufmann Max Müller — Neubau eines Schuppens im Grundstück Grimmaer Straße 21 — wurde bedingungsweise befürwortet. Das Gesuch des Herrn Rudolf Stuberl — Neubau einer Waschküche im Grundstück Körnerstraße 4 — wurde bedingungsweise befürwortet. Das Gesuch des Herrn Kaufmann Paul Liebich um Einfriedigung seines Grundstücks Schillerstraße 2 wurde bedingungsweise genehmigt. Das Gesuch des Herrn Apotheker Erich Vercht — Unterkellerung des Wohnhauses Leipziger Straße 9 — wurde bedingungsweise befürwortet. Von dem Inhaber einer Eingabe des Herrn Kaufmann Martin Geh wegen Errichtung einer Eisenkonstruktionsfabrik an der Melanchthonstraße nahm man Kenntnis. Die aufgestellten Bedingungen sollen dem Geschäftsführer mitgeteilt werden. Das Gesuch des Herrn Fabrikanten August Kemper, im Grundstück der Frau Schirach das Stallgebäude zu einer Fabrikanlage umzubauen, wurde bedingungsweise befürwortet. Das Gesuch des Herrn Mühlendehlers Arthur Wendrich — Umbau der Molormühle im Grundstück Schloßstraße 7 — wurde bedingungsweise befürwortet.

2. Der Bürgermeister soll die Verammlung des Sächsischen Gemeindevorstandes in Chemnitz am 7. und 8. Oktober d. S. besuchen.

3. Der Nachtrag zum Ortsgesetz über die Wahlen von Gemeindevorstandern wurde genehmigt.

4. Von einer Verfügung der Amtshauptmannschaft Grimma über die Wahl eines Vertreters zur Verbandsversammlung des Landeswohnungsverbandes Sachsen nahm man Kenntnis.

5. Der Gemäßung von Feuerungszulagen an die sächsischen Beamten, Angestellten und Arbeiter stimmte man zu.

6. Von der Errichtung einer Hilfsstelle für die in Not geratenen Kleinrentner will man zunächst absehen. Die Anträge auf Gemäßung von Beihilfen soll der Fürsorgeausschuß prüfen.

7. Der Erhöhung des Jahrespacht für den Geschäftshalleplatz von 30 auf 50 Mk. jährlich wurde gestimmt.

8. Von der neuen Satzung des Ruhegehaltsverbandes Sächsischer Gemeinden nahm man Kenntnis.

9. Die eingegangenen Entwürfe über die Arlegergedenktafel gelangten zur Vorlage. In der Angelegenheit sollen Beschreibungen einiger von der Firma Daul und Tollerl in Beucha geschaffenen ähnlichen Anlagen durch einen aus den Herren Stadtoberordnenen Herfurth, König, Schimpf und dem Bürgermeister bestehenden Ausschuss vorgenommen werden. Den Vereinen, die sich in der Denkmalsangelegenheit schriftlich an den Stadgemeinderat gewendet haben, soll über den Standpunkt des Stadgemeinderates entsprechende Mitteilung gegeben werden.

10. Man nahm Kenntnis von einer Vereinbarung mit dem Amtsgericht über Sicherstellung der Gemeindegewerbesteuer.

11. Die Sanitätskolonne wird ermächtigt, die Ausbesserung des Krankentransportwagens für 1095 Mk. vornehmen zu lassen. Die Kosten sollen aus Mitteln der Wohlfahrtspflege gedeckt werden.

12. Dem Desinfektor werden zur Teilnahme an einer Verammlung in Dresden 100 Mk. bewilligt.

13. Die 1542 Mk. betragenden Kosten der Landesstelle für öffentliche Gesundheitspflege in der Wasserangelegenheit sollen bezahlt werden.

14. Von einer Mitteilung der Haftpflichtversicherungsgesellschaft Nordstern, wegen Erlaß beschädigter Bäume nahm man Kenntnis. Das Angebot wurde abgelehnt.

15. Die Beschlüsse des Bauausschusses vom 27. d. M. wurden genehmigt. Hierbei handelte es sich u. a. um die nachmalige Ausschreibung der Rüstung zum Rathausurm, die Ausbesserung der Wachmeisterwohnung und um einige kleinere Herstellungen in den Wohnungsbauten.

16. Der Beschluß des Gasanlasssausschusses vom 27. d. M., den Gaspreis vom 1. Oktober d. S. ab um 50 Pfg. je cbm, ebenso die Messermiete zu erhöhen, wurde genehmigt.

17. Die Beschlüsse des Rechnungs- und Verfassungsausschusses vom 26. d. M. wurden genehmigt. Hierbei handelte es sich u. a. um die Gewährung von Teuerungszulagen, um Erhöhung von Einzelgehältern und um die Anstellung des Kassenschriftführers Brumme als ruhegehaltsberechtigten Beamten.

18. Der Entwurf eines Mietvertrags wegen der Hoflandswohnungen wurde genehmigt.

Hierauf nichtöffentliche Sitzung.

Naunhof, am 30. September 1921. Der Stadgemeinderat.

Infolge der Erhöhung der Kohlenpreise und der Frachten, sowie wegen Gemäßung wiederholter Gehalts- und Lohnzulagen müssen die Preise für das Gas und die Messermiete vom 1. Oktober d. S. ab anderweitig geregelt werden.

Der Preis für 1 cbm aus der hiesigen Gasanlass bezogenes Gas beträgt deshalb und zwar für den monatlichen Verbrauch von 1 bis 25 cbm 2 Mk. — Pfg.  
" 26 " 50 " 2 " 50 "  
" 51 " 100 " 3 " — "  
" über 100 " 3 " 50 "

### Die monatliche Miete beträgt

für einen 3kammigen Messer 1 Mk. — Pfg.  
" 5 " " 1 " 25 "  
" 10 " " 1 " 50 "  
" 20 " " 2 " — "  
" 30 " " 3 " — "

Naunhof, am 30. September 1921. Der Stadgemeinderat.

Die Gemeindegrundsteuer und die Brandlastbeiträge für die Mobilversicherung auf den Termin 1. Oktober 1921 sind fällig und innerhalb 4 Wochen an die Stadtkasse, Lange Straße 1, Zimmer 14 zu entrichten.

Der Fälligkeitstermin der Brandhosenbeiträge für die Gebäudeversicherung ist auf den 1. November d. S. verlegt worden und wird dann nochmals bekannt gegeben werden.

Naunhof, am 28. September 1921. Der Bürgermeister.

Das Befahren der Fußwege mit Fahrrädern, Karren und Wagen (Kinderwagen ausgenommen) ist nach der hiesigen Straßenpolizeiordnung bei Strafe verboten. Dieses Verbot ist in der letzten Zeit trotz wiederholter Bekanntmachungen nicht beachtet worden. Dadurch haben sich oft Belästigungen der Bevölkerung ergeben.

Es wird deshalb nochmals aufgefordert, das Befahren der Fußwege zu unterlassen. Zuwiderhandlungen werden unanlässlich und ohne Ansehen der Person bestraft werden.

Naunhof, am 23. September 1921. Der Bürgermeister.

## Naunhofer Jahrmarkt.

Sonntag, den 9. Oktober  
und Montag, den 10. Oktober 1921.

**Vereinsbank Naunhof in Naunhof**  
Kredit-Gewährung.  
Diskontierung und Einziehung von Wechseln und Schecks.  
Scheck- und Giro-Verkehr.  
Aufbewahrung und Verwaltung von Wertpapieren.  
Berlinerstr. 44. Geschäftst. 9—1 Uhr. Postfach: Leipzig Nr. 10783.

### Kleine Zeitung für eilige Leser.

\* Dem Kaiserbundrat wurde eine deutsche Note mit Deutschschriften über Oberschlesien zugesandt, aus denen der Wille der Bevölkerung, ungeteilt bei Deutschland zu bleiben, klar hervortritt.

\* Im Reichstage wurde der Friedensvertrag mit den Vereinigten Staaten von Amerika in allen drei Lesungen angenommen.

\* Nach einer Mitteilung im Reichstage befinden sich noch 366 deutsche Kriegsgefangene in französischer Hand.

\* Der Vertreter Englands hat gegen die Wiesbadener Abmachungen zwischen Rathenau und Loucheur Protest eingelegt.

\* Lord George hat in seiner Antwort an den Zentralführer de Balera die Sinnföhrer zu neuen Verhandlungen nach London am 11. Oktober ein.

\* Der ungarische Landesverteidigungsausschuß gegen die Abtretung des Burgenlandes hat unter Führung Stefán Friedrichs die Selbständigkeit Westungarns ausgerufen.

\* Polen übernimmt nach dem Vertrag mit Danzig die gesamten Eisenbahnen des Freistaates, der nur einige Garantien erhält.

### Notwendigkeiten.

Aber die Ergebnisse der Beratungen der deutschen Industrievertreter in München wird und von sachverständiger Seite geschrieben:

Die Münchener Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie hat diesmal allenthalben ungewöhnliche Beachtung gefunden. In der Hauptsache wohl um deswillen, weil kurz zuvor bekannt geworden war, daß gerade von dieser Organisation unseres Wirtschaftslebens weitreichende Pläne zum Wiederaufbau unseres zusammengebrochenen Staatskredits zur Ausprägung gestellt worden sind. Natürlich gab auch die Anwesenheit des Wiederaufbauministers Dr. Rathenau den Münchener Verhandlungen ein erhöhtes Gewicht; aber auch was die eigentlichen Führer und Wortführer der Industriellen auf dieser Tagung zu sagen hatten, mußte bei der gegenwärtigen Lage unseres Landes auf ganz besondere Beachtung Anspruch machen.

Die Verhandlungen waren, das wird überall zugegeben, so ziemlich von Anfang bis zum Ende von dem Willen zur Sachlichkeit beherrscht, mehr noch, vom Willen zur Verjüngung, zur Mitarbeit an den unendlich schwierigen, unendlich verantwortungsvollen Aufgaben, die das Reich nach Unterzeichnung des Versailleser Friedensvertrages und nach Annahme des Londoner Ultimatum zu lösen hat. Sowohl in der Frage der Reparationsleistungen, wie in der Sorge um den notwendigen Ausbau unseres Steuersystems hat sich der Reichsverband der Deutschen Industriellen in München der Reichsregierung zur Verfügung gestellt. Man verlangte gewiß auch mit seinem sachverständigen Räte gehört zu werden, eine Forderung, der sich gerade die heutige Regierung, die sich ja auf Schritt und Tritt von den Verbänden der beteiligten Interessenten beraten läßt, noch weniger als irgend eine ihrer Vorgängerinnen entziehen kann. Aber wenn die Regierung die Wahl hat, diese Träger der Wirtschaft zuzunehmen, so bestimmter Leistungen heranzuziehen, oder ihre angebotene Freiwilligkeit in den Dienst des Allgemeinwohls zu stellen, so kann die Entscheidung, vorausgesetzt, daß auch sie sich dabei lediglich von sachlichen Rücksichten leiten läßt, kaum zweifelhaft sein. Herr Rathenau hat denn auch schon für seine Person, was die von ihm beabsichtigten Lieferungsverträge zur Ausführung des Wiesbadener Abkommens mit Herrn Loucheur betrifft, den Grundsatz der Freiwilligkeit sehr stark in den Vordergrund gerückt. Er scheint geneigt zu sein, soweit es in dieser Beziehung ohne Zwang nicht abgehen wird, seine Ausübung auf die Selbstverwaltungsglieder der Industrie zu übertragen. Jedenfalls ist es ihm gelungen, mit den Vertretern der Industrie die seiner mündlichen Aussprache so verständnisvolle Beziehungen anzuknüpfen, daß ein reibungsloses Zusammenarbeiten wohl erhofft werden darf.

Ungleich schwieriger wird es sein, in der Steuerfrage zu einem Einvernehmen zu gelangen. Hier ist die Industrie durch das Wort von der Erfassung der Goldwerte alarmiert worden. Gerade hier aber darf nicht bloß mit abschreckender Kritik gearbeitet werden. Die Industrie muß in opferbereiter Stimmung dem Reiche geben, was es braucht, oder wenigstens, was es von ihr als dem erfolgreichsten Teilhaber der deutschen Arbeit beanspruchen darf. Daß es ohne Eingriff in die Substanz des Unternehmenskapitals nicht abgehen wird, ist bei der ungeheuren Größe des Bedarfs eine von keiner Seite mehr geleugnete Notwendigkeit. Worauf es die Industriellen ankommt, ist die Sicherheit, daß es bei diesem einmaligen Eingriff auch kein Verwenden habe, und die Sorge, durch einigermaßen zu ermöglichende Festlegung des Marktwertes wieder Grund unter den Füßen zu bekommen. So ergibt sich die Verbindung von nationalen und internationalen Finanzmaßnahmen, zu der auch die mehr und mehr sich komplizierenden Finanzverhältnisse der außerdeutschen Länder unabwendbar hindrängen. Der Unterschied ist nur, daß Deutschland eigentlich keinen Augenblick mehr zögern darf, zu tun, was seine Not ihm vorschreibt, während die Siegerstaaten allenfalls in Worten die internationalen Zusammenhänge anerkennen, auch von der Notwendigkeit internationaler Konferenzen sprechen, aber sich zu wirklich rettenden Taten nicht entschließen können.

Für die unmittelbare Gegenwart kann deshalb den Münchener Verhandlungen zunächst nur der Wert eines Stimmungsberaters zugesprochen werden. Sache der auf breitere Basis zu stehenden Reichsregierung wird es sein, für den deutschen Aufbau aus ihnen möglichst umfangreiche Nutzen zu ziehen, den sie bieten können. Ist erst an einer Stelle der Anfang zu finanzieller Gesundung geschehen, dann wird dieses Beispiel auch jenseits unserer Grenzen gute Früchte tragen.

### Staatsfreisch in Westungarn.

Erklärung der Selbständigkeit.  
Der ehemalige ungarische Ministerpräsident Stefán Friedrich und der von ihm geleitete Landesverteidigungsrat haben im Verlauf der Schwierigkeiten, die Ungarn der durch die Entente bis zum 4. Oktober verlangten Abtretung Westungarns, des sog. Burgenlandes, entgegensetzt, eine gewaltsame Lösung versucht, indem sie die Selbständigkeit Westungarns proklamieren.

### Für Gott, König und Vaterland

sagt die Proklamation, mit der Stefán Friedrich die Unabhängigkeit des Landes bekanntgibt. Die Kundgebung sagt u. a.:

„Infolge des von der Entente und aufgewungenen Friedens war die ungarische Regierung gezwungen, auf die Ausübung ihrer Hoheitsrechte über Westungarn zu verzichten. Somit hat der Landesverteidigungsrat die